

**GESCHLOSSEN, ENTSCLOSSEN UND ZUKUNFTSFEST**

## Neue Landesvorsitzende Aline Raber skizziert die Zukunft der Polizei und der GdP Rheinland-Pfalz

Mit klaren Worten, einem starken Bekenntnis zur Demokratie und einem deutlichen Auftrag an Politik und Gesellschaft hat die neu gewählte Landesvorsitzende Aline Raber den 26. Ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP Rheinland-Pfalz eröffnet. Ihre Grundsatzrede stand unter dem Motto „Geschlossen, entschlossen und zukunftsfest“ und machte deutlich: Die GdP will Verantwortung übernehmen, Zukunft gestalten und die Interessen der Beschäftigten mit Nachdruck vertreten.

„Sicherheit braucht Haltung. Zukunft braucht uns.“

Ausgehend von den aktuellen internationalen Krisen, dem Krieg in der Ukraine, hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und gesellschaftlichen Spannungen spannte Raber den Bogen bis in den polizeilichen Alltag. Sicherheit beginne dort, wo Bürger/innen den Staat unmittelbar erleben – auf der Straße, in der Leitstelle, im Streifenwagen, bei Versammlungen, Großveranstaltungen oder im Netz.

Dabei machte sie deutlich, dass die Polizei längst weit mehr sei als eine klassische Sicherheitsbehörde. Sie sei Krisenmanagerin, Ansprechpartnerin, Konfliktlöserin und oft die letzte verlässliche Institution, an die sich Menschen in schwierigen Situationen wenden. Gleichzeitig würden Belastung, Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und die Erwartungen an die Polizei kontinuierlich steigen.

### Klare Forderungen an die Politik

Im Mittelpunkt stehen sechs zentrale Handlungsfelder: eine verlässliche Personalstrategie, mehr Attraktivität aller in der Polizei Beschäftigten, besserer Schutz der Beschäftigten, die Vorbereitung auf digitale und hybride Bedrohungen, mehr Resilienz gegenüber Krisen und Klimafolgen sowie eine Führungskultur, die Menschen stärkt und langfristig im Beruf hält.

Raber forderte eine nachhaltige Personalpolitik, die über Wahlperioden hinausdenkt, bessere Karriere- und Beförderungsperspektiven, moderne Arbeitsplätze, faire Bezahlung und eine konsequente Entlastung von Bürokratie. Gleichzeitig müsse die Polizei stärker auf Cyberkriminalität, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastrukturen vorbereitet werden.

Besonderen Raum nahm das Thema Wertschätzung ein. Diese zeige sich nicht in wohlklingenden Worten, sondern in ausreichendem Personal, funktionierender Ausstattung, guter Führung, fairen Aufstiegschancen und einer konsequenten Fürsorge für die Beschäftigten.

### Dank und Aufbruch

Neben dem Blick nach vorne würdigte die Landesvorsitzende die Arbeit des bisherigen Landesvorstandes, zahlreicher ehrenamtlich engagierter Kolleg/innen sowie ihrer Vorgängerinnen Sabrina Kunz und Steffi Loth. Zugleich unterstrich sie die Bedeutung des neu gewählten Teams, das die GdP Rheinland-Pfalz in den kom-



menden Jahren gemeinsam führen wird. Die Botschaft des Landesdelegiertentages war eindeutig: Die Herausforderungen für Polizei und Gesellschaft werden größer. Die GdP Rheinland-Pfalz will diesen Herausforderungen jedoch mit Geschlossenheit, klarer Haltung und einem starken gewerkschaftlichen Selbstverständnis begegnen. Denn Freiheit braucht Sicherheit, Sicherheit braucht einen starken Rechtsstaat – und dieser braucht gut ausgestattete, motivierte und geschützte Beschäftigte. ■

**DP – Deutsche Polizei**  
Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
www.gdp-rp.de  
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Verena Schäfer  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
verena.schaefer@gdp-rp.de



» Sven Hummel, stellv. Landesvorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz:

Wirksame Kriminalitätsbekämpfung gelingt nur, wenn Schutz- und Kriminalpolizei Hand in Hand arbeiten. Unsere Kolleg/innen leisten täglich Enormes, brauchen dafür aber ausreichend Personal, moderne Ausstattung und verlässliche Rahmenbedingungen. Qualität, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit entstehen nicht durch Arbeit am Limit, sondern durch gute Polizeiarbeit unter guten Bedingungen.



Foto: Jennifer Otto

Der neu gewählte geschäftsführende Landesvorstand



Foto: Tina Sakler-Kleid



Delegierte stimmen ab



Helmut Knerr, Ehrenmitglied der GdP

Foto: Jennifer Otto



Die neue Ehrenvorsitzende Sabrina Kunz

Fotos: (l.f.) Jennifer Otto



Christian Günter wurde erneut zum Kassierer gewählt



Stefan Engel wurde zum stellv. Schriftführer gewählt

„ Zitat von Kerstin Schweikhard, stellv. Landesvorsitzende der GdP Rheinland-Pfalz:

Die Polizei kann nur so stark sein wie die Menschen, die in ihr arbeiten. Wer qualifizierte Beschäftigte gewinnen und halten will, muss ihnen verlässliche Perspektiven, faire Entwicklungsmöglichkeiten und echte Wertschätzung bieten. Attraktivität ist kein Selbstzweck – sie ist eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Polizei.



Foto: Jennifer Otto



Gewerkschaftssekretär Markus Stöhr



Die Verhandlungsleitung bei der Arbeit



Michael Flis ist neuer Schriftführer



Isabel Klemmer-Sorg macht sich für den Tarfbereich stark



Sebastian Krämer, neuer stellv. Landesvorsitzender



Jennifer Otto wurde erneut zur stellv. Kassiererin gewählt



Dirk Herber stellt sich den Fragen der Delegierten



Aline Raber im Interview mit dem SWR



Staatssekretär Dirk Herber mit einem Grußwort an die Delegierten

„ Zitat von Ingo Schütte, stellv. Landesvorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz:

Polizeiliche Präsenz ist weit mehr als Sichtbarkeit. Sie bedeutet, im entscheidenden Moment schnell, professionell und sicher handeln zu können. Dafür brauchen wir ausreichend Personal in allen Bereichen der Polizei. Wer Sicherheit gewährleisten will, muss die Voraussetzungen schaffen, damit Polizeibeschäftigte ihre Aufgaben dauerhaft und unter guten Bedingungen erfüllen können.



Foto: Jemmer/Otto

# GdP-Agenda für die nächsten vier Jahre

Leitanträge zu den prägenden gewerkschaftlichen Themen

## Kriminalitätsbekämpfung

Die Kriminalität verändert sich. Sie wird digitaler, komplexer und zunehmend organisierter. Gleichzeitig bleiben die Anforderungen an die Polizei vor Ort hoch. Der Landesdelegiertentag der GdP stellt deshalb klar, dass wirksame Kriminalitätsbekämpfung nur gelingt, wenn Schutz- und Kriminalpolizei gemeinsam gedacht und personell ausreichend ausgestattet werden.

Der Antrag betont die zentrale Rolle des Wechselschichtdienstes bei Erstmaßnahmen, Gefahrenabwehr und Tatortarbeit sowie die Bedeutung des Ermittlungsdienstes für eine rechtsstaatliche und qualitativ hochwertige Sachbearbeitung. Beide Bereiche sind durch steigende Fallzahlen, wachsende Komplexität und hohe Belastungen zunehmend unter Druck geraten.

Die GdP fordert daher ausreichende Personalstärken, realistische Arbeitsbelastungen und bessere Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten. Spezialisierung, insbesondere in Bereichen wie Cybercrime oder organisierter Kriminalität, muss gezielt gefördert und dauerhaft abgesichert werden. Gleichzeitig sind Gesundheitsschutz, Motivation und Entlastung der Kolleg/innen unverzichtbare Voraussetzungen für erfolgreiche Polizeiarbeit.

Auch die Chancen von Digitalisierung und moderner Technik werden hervorgehoben. Diese müssen die Arbeit wirksam unterstützen und dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen führen. Zudem würdigt der Antrag die wichtige Rolle der Tarifbeschäftigten, die in vielen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung unverzichtbare Aufgaben übernehmen.

Kriminalitätsbekämpfung braucht Zeit, Qualität, Erfahrung und ausreichend Personal. Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und staatliche Handlungsfähigkeit müssen politisch gewollt, nachhaltig finanziert und durch gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten abgesichert werden. Nur so kann das Vertrauen der Bürger/innen in den Rechtsstaat dauerhaft gestärkt werden.

## Attraktivität

Die Polizei steht in einem immer stärkeren Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte. Demografischer Wandel, steigende Anforderungen und veränderte Erwartungen an Arbeitswelt und Führung erfordern eine moderne Personalpolitik, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht wird.

Der Antrag betont, dass Attraktivität heute weit mehr umfasst als Besoldung und Arbeitsplatzsicherheit. Entscheidend sind verlässliche Karriereperspektiven, transparente Personalentscheidungen, moderne Führungskultur sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben. Gleichzeitig müssen die Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten sowohl für Beamte/innen als auch für Tarifbeschäftigte weiterentwickelt werden.

Die GdP fordert eine strategische Personalentwicklung, die Fachkarrieren stärkt, Aufstiegsmöglichkeiten verbessert und Beschäftigte langfristig an die Polizei bindet. Besoldung, Entgelt und Zulagen müssen die tatsächlichen Belastun-

gen und Anforderungen angemessen widerspiegeln. Dazu gehören auch Ausbau, Dynamisierung und Ruhegehaltstfähigkeit von Zulagen.

Besondere Bedeutung hat die Rolle der Führungskräfte. Gute Führung prägt Motivation, Gesundheit und Arbeitszufriedenheit. Führungskräfte müssen daher gezielt ausgewählt, qualifiziert und durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Zudem wird die wichtige Rolle der Tarifbeschäftigten hervorgehoben. Sie übernehmen in vielen Bereichen unverzichtbare Fachaufgaben und benötigen attraktive Entwicklungsperspektiven sowie eine stärkere Anerkennung ihrer Leistungen.

Attraktivität, Führung und Personalentwicklung sind zentrale Voraussetzungen für eine leistungsfähige Polizei. Nur mit ausreichend qualifizierten, motivierten und wertgeschätzten Beschäftigten können Sicherheit, Bürgernähe und Rechtsstaatlichkeit dauerhaft gewährleistet werden.

## Polizeiliche Präsenz

Die GdP bekräftigt die Bedeutung einer sichtbaren, erreichbaren und handlungsfähigen Polizei in allen Regionen des Landes. Polizeiliche Präsenz ist nicht nur Voraussetzung für wirksame Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, sondern auch ein entscheidender Faktor für das Sicherheitsgefühl der Bürger/innen.

Polizeipräsenz kann nur im Zusammenspiel aller operativen Bereiche gewährleis-

„ Zitat von Verena Schäfer, stellv. Landesvorsitzende der GdP Rheinland-Pfalz:

Gesunde Beschäftigte sind die wichtigste Voraussetzung für eine starke Polizei. Gesundheitsschutz darf nicht vom Zufall oder vom Engagement Einzelner abhängen, sondern muss verbindlich, nachhaltig und ausreichend finanziert sein. Fürsorge ist keine freiwillige Leistung – sie ist eine zentrale Verpflichtung des Dienstherrn.



Foto: Jennifer Otto



tet werden. Wechselschichtdienst, Bezirksdienst, Kriminalpolizei und Bereitschaftspolizei übernehmen dabei unterschiedliche, aber gleichwertig wichtige Aufgaben. Eine Schwächung einzelner Bereiche gefährdet die Leistungsfähigkeit der Polizei insgesamt.

Der Wechselschichtdienst ist als Rückgrat der unmittelbaren Einsatz- und Reaktionsfähigkeit hervorzuheben. Gleichzeitig spielt der Bezirksdienst eine wichtige Rolle für Bürgernähe, Prävention und Vertrauen, insbesondere im ländlichen Raum. Auch Kriminal- und Bereitschaftspolizei leisten wesentliche Beiträge zur Sicherheit und müssen personell sowie organisatorisch verlässlich aufgestellt sein.

Die GdP fordert eine realistische und wissenschaftlich fundierte Personalbemessung, die nicht nur Einsatzaufkommen, Ausfallzeiten und Fortbildungsbedarfe berücksichtigt, sondern auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sowie die besonderen Herausforderungen eines Flächenlandes. Dauerhafte Unterbesetzung darf nicht zum Normalzustand werden.

Zugleich macht die GdP deutlich, dass kommunale Ordnungs- und Vollzugsdienste die Polizei unterstützen, sie jedoch nicht ersetzen können. Innere Sicherheit bleibt eine staatliche Kernaufgabe.

Polizeiliche Präsenz braucht ausreichend Personal, moderne Ausstattung, gesunde Beschäftigte und starke Mitbestimmung. Nur so kann die Polizei ihr Sicherheitsversprechen gegenüber den Bürger/innen dauerhaft erfüllen und das Vertrauen in den Rechtsstaat stärken.

## Gesundheit

Die GdP stellt die Gesundheit der Beschäftigten als zentrale Voraussetzung für eine leistungsfähige, einsatzbereite und zukunftsfähige Polizei in den Mittelpunkt. Polizeiarbeit ist mit besonderen körperlichen, psychischen und emotionalen Belastungen verbunden, die durch Personalmangel, Arbeitsverdichtung, Schichtdienst und zu-

nehmend komplexe Einsatzlagen weiter verstärkt werden.

Der Dienstherr wird seiner Fürsorgepflicht nur dann gerecht, wenn Arbeits- und Gesundheitsschutz verbindlich, nachhaltig und mit ausreichenden personellen sowie finanziellen Ressourcen umgesetzt werden. Zwar existieren zahlreiche Strukturen und Angebote, deren Wirksamkeit ist jedoch noch zu oft von örtlichen Rahmenbedingungen oder dem Engagement Einzelner abhängig.

Die GdP fordert deshalb, Gesundheitsschutz als feste Führungsaufgabe in allen Ebenen der Polizei zu verankern. Dazu gehören verbindliche Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastungen, die konsequente Umsetzung daraus resultierender Maßnahmen sowie eine Personalbemessung, die Arbeitsbelastungen realistisch berücksichtigt und Überlastungen vorbeugt.

Gesundheit wird dabei ganzheitlich verstanden – von der Prävention über die Belastungssteuerung bis hin zur Nachsorge. Auch das Dienstupfallmanagement soll weiterentwickelt werden, um betroffene Beschäftigte schnell und unbürokratisch zu unterstützen und ihre Dienstfähigkeit wiederherzustellen.

Zudem fordert der Antrag gesundheitsgerechte Arbeitszeiten, moderne Arbeitsbedingungen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben. Führungskräfte sollen dabei durch klare Standards, Qualifizierung und ausreichende Ressourcen unterstützt werden, um gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Gesundheitsschutz ist kein Zusatzangebot, sondern Ausdruck der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Nur gesunde und motivierte Beschäftigte können dauerhaft für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und eine leistungsfähige Polizei sorgen.

## Demokratie

Die GdP bekräftigt ihre klare Haltung zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und beschreibt die

Polizei als zentrale Garantin von Rechtsstaat, Sicherheit und demokratischer Stabilität.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Demokratie und Rechtsstaat zunehmend unter Druck geraten – durch Extremismus, Desinformation, hybride Bedrohungen, gesellschaftliche Polarisierung sowie Gewalt gegen staatliche Institutionen und Einsatzkräfte.

Die GdP fordert deshalb eine personell ausreichend ausgestattete Polizei mit belastbaren Personalreserven und realistischer Personalbemessung. Der Schutz und die Unterstützung der Beschäftigten sind Voraussetzung für wirksamen Demokratieschutz. Bürgernähe, Präsenz und Vertrauen sind Grundlage gesellschaftlicher Akzeptanz. Die Wahrung der politischen Neutralität und Verfassungstreue der Polizei sowie deren Schutz vor Instrumentalisierung gilt es zu beachten. Dabei muss Polizei nicht nur gesellschaftlich akzeptiert, sondern auch gut ausgebildet sein.

Zugleich betont die GdP, dass Demokratieschutz eine gesamtpolizeiliche Aufgabe ist, die alle Bereiche – von Schutz- und Kriminalpolizei über Prävention und Führung bis hin zu Verwaltung, Technik und Personalentwicklung – einbezieht.

Die GdP Rheinland-Pfalz schließt die Zusammenarbeit mit undemokratischen Organisationen aus, weil dies mit unseren Werten bzw. der Satzung nicht vereinbar ist und sich Polizeibeamt/innen in ihrem Eid dem Rechtsstaat und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichten. ■





EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS 2026

# Moderne Technik braucht starke Kolleginnen und Kollegen

KI, Cyberangriffe, hybride Bedrohungen oder digitale Ermittlungen – der Europäische Polizeikongress in Berlin hat gezeigt, wie stark sich Polizeiarbeit derzeit verändert.

Das diesjährige Partnerland war Italien. Auf dem Kongress wurde deutlich, wie eng Sicherheitsbehörden in Europa inzwischen zusammenarbeiten müssen – etwa bei organisierter Kriminalität, Cyberangriffen oder dem Schutz kritischer Infrastruktur. Auch auf der Ausstellungsfläche war das sichtbar: von Spezialfahrzeugen der italienischen „Polizia“ und „Guardia di Finanza“ bis hin zu moderner Roboter- und Kommunikationstechnik.

Zwischen Fachforen, Vorträgen und Gesprächen wurde klar, dass viele Themen, die vor wenigen Jahren noch nach Zukunft klangen, inzwischen zum polizeilichen Alltag gehören.

Die Ausstellung zeigte, wie technisch Polizeiarbeit inzwischen geworden ist. Moderne Analyse- und Kommunikationssysteme, Drohnentechnik, Roboterlösungen oder Spezialfahrzeuge machten deutlich, wohin die Entwicklung geht. Technik allein löst aber keine Probleme.

Denn hinter jeder neuen Anwendung stehen Kolleg/innen in den Dienststellen, die diese Systeme bedienen, bewerten und verantworten müssen.

Gerade bei den Diskussionen rund um KI wurde deutlich, dass digitale Systeme Ermittlungen unterstützen, die eigentliche Entscheidung aber weiterhin Menschen treffen. Erfahrung, polizeiliches Gespür und

rechtliche Bewertung lassen sich nicht ersetzen. Für die Kolleg/innen bedeutet das künftig allerdings auch steigende Anforderungen im Alltag. Neue Systeme müssen erlernt, technische Entwicklungen nachvollzogen und immer größere Informationsmengen verarbeitet werden – zusätzlich zum ohnehin hohen Arbeitsdruck im Wechselschicht- oder Ermittlungsdienst.

Gleichzeitig wächst die Erwartung, dass Polizei jederzeit handlungsfähig bleibt.

Trotz aller digitalen Entwicklungen bleibt Polizeiarbeit am Ende vor allem eines: Arbeit von Menschen für Menschen.

**Sven Hummel**

Fotos: Sven Hummel



Sven Hummel, Jennifer Otto, Aline Raber und Franco Sicuranza waren für die GdP auf dem Europäischen Polizeikongress.



# Mündlich zugesagt – aber gilt das auch?

„Das war doch so besprochen ...“

„Mir wurde damals gesagt, dass ...“

„Das wurde mir zugesichert ...“

Solche Sätze fallen im Arbeitsalltag schnell – aber nicht jede mündliche Absprache wird automatisch zu einer verbindlichen Regelung.

**I**m letzten Teil unserer Reihe haben wir bereits einen ersten Überblick über die Abschnitte des TV-L gegeben. Jetzt wollen wir etwas tiefer einsteigen. Für viele wird es vor allem ab § 2 interessant. Denn dort geht es um Themen, die im Arbeitsalltag immer wieder eine Rolle spielen: Arbeitsvertrag, Nebenabreden und Probezeit.

Für die meisten ist sie längst kein Thema mehr, für neue Kolleg/innen oder Auszubildende dagegen schon: die Probezeit! Grundsätzlich gelten nach dem TV-L die ersten sechs Monate der Beschäftigung als Probezeit, sofern keine kürzere Zeit vereinbart wurde. Wer unmittelbar im Anschluss an die Ausbildung übernommen wird, hat tariflich grundsätzlich keine erneute Probezeit. Auch bei einem Wechsel innerhalb des Landes entsteht nicht automatisch erneut eine Probezeit, da der Arbeitgeber in der Regel derselbe bleibt: das Land Rheinland-Pfalz.

Besonders spannend wird es bei dem Thema Nebenabrede. Der TV-L macht hier eine klare Ansage: Nebenabreden sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden.

Viele Missverständnisse entstehen nicht, weil etwas grundsätzlich unmöglich wäre, sondern weil es nie sauber schriftlich festgehalten wurde. Ein gutes Beispiel ist das Homeoffice. Vieles funktioniert im Alltag unkompliziert nach Absprache mit der Führungskraft – manchmal sogar mit festen Tagen pro Woche. Doch wenn die/der Vorgesetzte wechselt, wird aus einer praktischen Lösung schnell eine Streitfrage: War das nur abgesprochen – oder verbindlich geregelt?

Gerade bei einem Wechsel der Führungskraft zeigt sich oft, ob eine Regelung belastbar ist – oder nur auf mündlicher Absprache beruhte.

Ein weiterer Punkt, den viele nicht auf dem Schirm haben: Nebenabreden können auch gesondert kündbar sein, wenn das ausdrücklich vereinbart wurde. Es lohnt sich also nicht nur zu schau-

en, ob etwas schriftlich festgehalten wurde – sondern auch, unter welchen Bedingungen es wieder endet.

Die wichtigste Erkenntnis: Was im Alltag selbstverständlich wirkt, ist nicht automatisch dauerhaft abgesichert.

Solange alles gut läuft, wirken viele Absprachen selbstverständlich. Spannend wird es oft erst dann, wenn sich Rahmenbedingungen ändern – etwa bei einem Wechsel der Führungskraft. Genau dann zeigt sich, was wirklich trägt.

## Kerstin Schweikhard



Foto: Tobias Schweikhard

Kerstin Schweikhard, stellv. Landesvorsitzende

## Termine

**Besuch des EWR Worms** am 22. Juni 2026, 13 Uhr, ab 15 Uhr  
Treffen im Biergarten, Brauhaus Zwölf Apostel, Rückmeldung  
bitte bis 16. Juni 2026 an thomasbruehl61@gmail.com

**Grillnachmittag** am 8. Juli, 12:30 Uhr, Minigolfanlage im Harten-  
bergpark in Mainz, Rückmeldungen bitte an stonessfan@gmx.de

**Seniorenstammtisch** am 1. Juli 2026, Zum Weinkeller in  
Bingen

**Seniorenstammtisch** 6. August 2026 Indochina Salinental  
in Bad Kreuznach

# Aktuelles aus dem Hauptpersonalrat

## Neuer Dienstaussweis

Vor dem Hintergrund der Einführung eines bundeseinheitlichen, fälschungssicheren Polizeidienstaussweises wird die Dienstvereinbarung IPEMA um das System IPEMA Dienstaussweis ergänzt. Ziel ist eine rechtssichere und einheitliche Umsetzung des neuen Ausweissystems innerhalb der Polizei.

## Neues Intranet

Eine AG zur Einführung eines neuen Intranets für die Polizei wurde beauftragt. Das bisherige Intrapol gilt aufgrund technischer und funktionaler Entwicklungen als

nicht zukunftsfähig. Eine vorausgehende Analyse kam zu dem Ergebnis, dass moderne Softwarelösungen sowohl wirtschaftlicher als auch leistungsfähiger sind. Die neue Arbeitsgruppe soll bis Ende 2027 eine neue Intranet-Lösung schaffen und implementieren.

## Projekt „Personal- und Einsatzplanungssystem“

Die Polizei plant ab 1. Juni 2026 die Einführung einer neuen IT-Anwendung zur landesweiten Vereinheitlichung der Personal- und Einsatzplanung. Das System soll bestehende Anwendungen ersetzen und eine standardisierte, behördenübergreifende Planung ermöglichen.

Es soll Anforderungen an Datenschutz, IT-Sicherheit und Barrierefreiheit erfüllen.

## Gefährdungsbeurteilung K15 – Wirtschaftskriminalität

Um den Schutz der Kolleg/innen in K15 zu gewährleisten, wurde eine aktualisierte Basis-Gefährdungsbeurteilung beschlossen. Diese baut auf bereits bestehenden Gefährdungsbeurteilungen für Bildschirmarbeitsplätze sowie psychische Belastungen auf und ergänzt allgemeine dienstlich bedingte Risiken. Örtliche Besonderheiten werden durch die jeweiligen Polizeipräsidien berücksichtigt und ergänzt. Wir begrüßen diese Vorlage im Sinne eines guten Arbeitsschutzes. ■



## Geburtstage

### 70 Jahre

Dorothea Greif, PD Neustadt  
Volker Weindel, PD Kaiserslautern  
Thomas Mauthe, PD Pirmasens  
Thomas Tratschitt, PP ELT Enkenbach-Alsenborn  
Harald Philippi, PD Trier

### 75 Jahre

Herbert Klein, PP/PD Mainz  
Bernd Reuber, Landeskriminalamt  
Peter Müller, Westerwald/Rhein-Lahn

### 80 Jahre

Heinz Wolff, Westerwald/Rhein-Lahn  
Irmtraud Rockert, Rhein-Nahe  
Heinz-Stefan Kugel, PD Mayen  
Friedrich Schneider, PP ELT Wasserschutzpolizei  
Udo Gladbach, Neuwied/Altenkirchen

### 85 Jahre

Rainer Weber, PD Mayen

### 90 Jahre

Erwin Dietz, PP/PD Mainz

## Ruheständler

Michael Schröder, PP ELT Wasserschutzpolizei  
Jürgen Seel, PD Pirmasens




**NACHRUF für KARL MOLL**

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rheinland-Pfalz trauert um den Kollegen **KARL MOLL** aus Mudersbach, der am 13. Mai 2026 im Alter von 101 Jahren für immer von uns gegangen ist. Wenige Tage zuvor konnten wir mit ihm Erinnerungen austauschen und ihn voller Dankbarkeit für 75 Jahre Mitgliedschaft in der GdP ehren. Karl hat im Januar 1951 gemeinsam mit 43 weiteren Kollegen der Gendarmrie des Kreises Altenkirchen eine Kreisgruppe der GdP gegründet; die Keimzelle des GdP-Landesbezirks Rheinland-Pfalz. Er ist ein Berufsleben lang und weit darüber hinaus für die Interessen der Polizeibeschäftigten und für unsere Demokratie eingetreten, als Mitglied, als Personalratsvorsitzender und als Chef der Kriminalpolizei in Betzdorf. Heute stehen in Rheinland-Pfalz über 10.000 Mitglieder auf den Schultern von Karl und seinen Gründungskollegen.



**IN DANKBARER ERINNERUNG**

Aline Raber  
Landesvorsitzende



Sandra Schneider  
Kreisgruppenvorsitzende



Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am 28. Mai, 14.00 Uhr, auf dem Friedhof in Mudersbach statt.

Im Anschluss bittet die Familie um Zeit für ein gemeinsames Kaffee trinken.